

14. Mai 1918.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 14. Mai 1918. Nr. 125.

Subventionen. Der Stadtrat hat an Subventionen bewilligt:

- Dem Vereine „Küglingschutz“ 45.000 Kronen;
- Dem Vereine „Ottokringer Jugendschutz“ zur teilweisen Deckung von Adaptierungen im Hause 16. Bezirk Rückertgasse 5 einmalig 5000 Kronen;
- Dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im 16. Bezirk 5000 Kronen unter der Bedingung, dass in den Horten mindestens 1000 Kinder beaufsichtigt werden.
- Dem Verein zur Erhaltung einer Kinderkrippe im 13. Bezirk 2000 Kronen.
- Dem österreichischen ungarischen Hilfsverein in Nürnberg 140 Kronen.
- Dem Schutzverein für gefährdete männliche Jugend 10.000 Kronen unter der Bedingung, dass dem städtischen Jugendamt 20 Plätze gegen das übliche Kostgeld sichergestellt werden.
- Dem Hilfsverein für christliche Ehen 300 Kronen.
- Der Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich 2500 Kronen.
- Dem Deutschmeister Schützenkorps 1000 Kronen für seine Schiessschule.
- Dem Kaiser Franz Josef I. Jubiläums-Frauenverein zur Bekleidung und Unterstützung armer alter Frauen 50 Kronen.
- Dem österreichischen Zentralkomitee zur Errichtung von Soldatenheimen für das Soldatenheim des Wiener Schützenregimentes Nr. 1 1000 Kronen.

Anerkennung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola dem Gemeinderate Direktor Georg Philp aus Anlass der Zurücklegung der ehrenamtlichen pädagogischen Leitung des Kindergartens 4. Bezirk Starhembergsgasse 10 in Anerkennung seiner langjährigen erspriesslichen Tätigkeit den Dank und die Anerkennung ausgesprochen. Die pädagogische Leitung wurde der Kindergärtnerin Karoline Weywar übertragen.

W i e n e r G e m e i n e r a t
Sitzung am 14. Mai 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt folgende Mitteilungen zur Kenntnis:
Graf Ottokar Czernin hat, nachdem ihm die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes bekannt wurde, aus Abazia folgendes Telegramm an den Bürgermeister gerichtet: Euer Exzellenz und dem Wiener Gemeinderate danke ich herzlichst für die grosse Ehre, welche mir erwiesen worden ist. Ich kann mir keine Auszeichnung denken, welche mir mehr Freude bereitet und mich stolzer gemacht hätte, als die des Ehrenbürgerrechtes von Wien, indem ich Euer Exzellenz bitte diesen meinen Dank dem Wiener Gemeinderate übermitteln zu wollen, bin ich Euer Exzellenz ergebenster Ottokar Czernin.

Im Nachhange zu diesem Telegramm richtete Graf Czernin ausserdem ein Schreiben an den Bürgermeister, in dem es heisst: Wien ist das Herz Oesterreichs. Als Ehrenbürger von Wien bin ich enger als bisher verbunden mit dem deutschen Oesterreich und dies bleibt für mich die schönste Anerkennung für mein kurzes Wirken. Wenn Euer Exzellenz noch die Güte haben wollten, den Herren Antragsstellern für Verleihung meines Ehrenbürger-titels meinen ganz besonderen Dank zu übermitteln, so würden

Hochaleseiben mich sehr verpflichtet. Euer Exzellenz bitte auch weiter ihr so geschätztes Wohlwollen bewahren zu wollen und zeichne etc. Telegramm und Brief des Grafen

Czernin werden von den Anwesenden mit grossem Beifall zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister widmet dem verstorbenen Gemeinderat Baron einen herzlich empfundenen Nachruf, der von den versammelten Gemeinderäten stehend angehört wird.

An Spenden sind eingelaufen: von Malvine Trebitsch für die Armen Wiens ohne Unterschied der Konfession 5000 Kronen; für die städtischen Sammlungen von Friedrich Leitner, Inhaber der Firma F. Leitner das Stethoskop, mit welchem Dr. Venus am 10. März 1910 früh die letzten Herzschräge des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger abgehört hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wir haben heute in unserer Mitte einen Kollegen zu begrüssen, welcher nach fast zweijähriger Kriegsgefangenschaft in unsere Mitte zurückgekehrt ist. GR. Quirinus Altmayer nahm am 6. Juni 1916 auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatze an mehreren Kämpfen teil, wurde verwundet und geriet in russische Gefangenschaft. Er wurde nach seiner Gefangennahme in dem russischen Hospital Rtschikow bei Moskau in Pflege genommen, kam nach seiner Heilung in das Gefangenenlager nach Astrachan, wo er unsägliche Qualen zu erleiden hatte. Hier erkrankte er auch an Malaria, an deren Folgen er auch jetzt noch zeitweise zu leiden hat. Vor einigen Tagen kam er aus der Gefangenschaft nach Durchführung der Kontomatsvorschriften in Wien an.

GR. Stangelberger verliest den Einlauf.

GR. Rummelherdt fragt, ob der Bürgermeister bei der Militärverwaltung intervenieren wolle, dass der Ueterschuss von dem für die Militärspitäler zu liefernde Getreidevorrat dem allgemeinen Gebrauche für die Zivilbevölkerung zugeführt werde bevor er dem Verderben anheim-fällt.

Vorsitzender BGM. Dr. Weiskirchner verspricht Erhebungen zu pflegen und das Erforderliche zu veranlassen.

GR. Dr. Hein wünscht in einer Anfrage die Protokollierung der für den Gemeinderat bestimmten Interpellationen und Anträge nach dem Zeitpunkte des Einlaufens und die Verlesung in der Reihenfolge des zeitlichen Einlangens.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, er werde die Anfrage als Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuführen. Wenn Dr. Hein glaube, dass in der Angelegenheit des Ehrenbürgerrechtes für Grafen Czernin eine Prioritätsverletzung statt gefunden habe, so erkläre er, dass GR. von Steiner schon 14 Tage vorher dem Bürgermeister eine Anregung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes gemacht habe.

GR. Schäfer wünscht freie Einfuhr von Rosinen, Mandeln, Feigen, Olivenöl aus der Türkei.

BGM. Dr. Weiskirchner erklärt, er werde diese Anregung dem Ministerpräsidenten übermitteln.

GR. Schäfer stellt eine Interpellation des Inhaltes, dass die Verkäufer von Sauerkraut einen viel höheren Einsatz für das Geschirr leisten müssen, als bei der Rückgabe zurückgekommen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass diese Preise von der Oezeg festgesetzt sind, weshalb der Kleinhandelspreis erhöht wurde, sodass die Kleinhändler noch immer einen entsprechenden Nutzen haben. Allerdings kommen die Verbraucher zu einem gewissen Schaden.

GR. Schäfer verweist in einer Anfrage darauf, dass es für die gesamte Bevölkerung Wiens von grösstem Vorteile wäre, wenn die im vorigen Jahre geschaffenen Sammelmärkte wieder aufgehoben würden. Es sei selbstverständlich, dass

durch die schwierigen Zufuhrmöglichkeiten und den Mangel an Transportmitteln die Waren auf den auswärtigen Märkten nur verteilt werden

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Die Gründe für die Schaffung der Sammelmärkte für die Gärtner waren der Personal- und Pferdemangel. Die Gärtner waren nicht mehr in der Lage in die Innere Stadt zu fahren, um die Waren abzusetzen. Es hat sich aber auch herausgestellt, dass aus den Spitälern und Kasernen die Feldweibel zu den Häusern hinausgefahren sind und die Waren dort um jeden Preis aufgekauft haben. Dadurch ist eine Preistreiberei entstanden, und wir in Wien konnten einerseits die Ware nicht bekommen, andererseits musste das Publikum selbst in die Gärtnerreihen hinausfahren. Die Sammelmärkte haben sich jetzt eingestellt und bewähren sich und auch die Gärtner haben davon Vorteil. Ich bin daher persönlich der entgegengesetzten Anschauung, um aber dem Herrn Interpellanten nicht weh zu tun, werde ich diese Interpellation als Antrag behandeln und es wird dann im Gemeinderate entschieden werden, wer recht hat, Herr Schäfer oder ich.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: In der Vorwoche sind grössere Quantitäten rumänischen Schweine- und Schöpfensfleisches von der Lehr- und Fleischverkehrsgesellschaft auf den Markt gebracht worden. Wie mir mitgeteilt wird, ist ein Quantum von 800 Meterzentnern verfault gewesen und musste vernichtet werden. Das Fleisch war 17 Tage unterwegs, war nicht in Kühlwaggons verladen und es ist kein Wunder, dass bei der heissen Temperatur die im Monate April herrschte, das Fleisch in Verwesung übergegangen ist. Von welcher Bedeutung derartige Vorkommnisse für die Approvisionierung Wiens sind, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Es scheint, dass die Leitung der Fleischzentrale eben auch in unfähigen Händen liegt. Das Unglück ist, dass unfähige Bürokraten und Streber sich zu allen Stellen vordrängen, und die Fachleute zu verdrängen suchen. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, den Ministerpräsidenten auf den geschilderten Vorfall aufmerksam zu machen, und ihn zu fragen, was der Ministerpräsident zu tun gedenkt, um dem Unwesen der unfähigen Beamten zu steuern. Es wird ferner gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Gemeinderate über die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten zu berichten?

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich muss betonen, dass ich nicht geneigt bin, diese Anfrage dem Herrn Ministerpräsidenten zu unterbreiten, weil nach meinen Erkundigungen der Herr Interpellant einfach jemandem aufgesessen sein muss. Oesterreich-Ungarn bezieht aus Rumänien derzeit überhaupt kein Fleisch, es kann daher auch keines verdorben eingelangt sein. Dem städtischen Aemtern ist von einem Einlangen von Fleisch aus Rumänien in der Vorwoche oder in der früheren Zeit überhaupt nichts bekannt. Die vollständige Unvollständigkeit der vorliegenden Anfrage ergibt sich übrigens auch daraus, dass in der vorigen Woche von allen von auswärts nach Wien gebrachten Fleischmengen in der Grosmarkthalle - nur Gortin kommen in der Regel auswärtige Fleischsendungen - nur ein Schöpf und 2 Kitzeln, sowie 21 kg Rindfleisch konfisziert und vernichtet werden mussten und dass dem städtischen Aemtern in der Vorwoche von anderen Behörden Wiens konfiszierte Fleischmengen zur Vernichtung überhaupt nicht übergeben worden sind. Ich muss schon sagen, dass derartige Interpellationen nur geeignet sind, Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen. Es ist ohnehin durch die

Kriegsprovokation begründete Unruhe genug verbreitet und wenn deshalb der Herr Kollege Stein Interpellationen stellt, ohne sich vor ihrer Einbringung über den Sachverhalt genauestens zu unterrichten, so muss er sich schon selber zuschreiben, wenn ich ihm den Vorwurf mache, dass er solche Anfragen aus reiner Sensationallust stellt und damit Unruhe in der Bevölkerung verbreitet.

GR. Stein interpelliert den Bürgermeister wegen einer Beschlagnahme von 4 Waggons Lebensmitteln der Wiener Firma Holzer & Schlechtleitner, die seitens des Inspektors Plataneck der „Geos“ verfügt wurde, und welche zur Folge hatte, dass die Waren, es handelte sich um Kraut, Gurken und Zwiebeln, verdorben waren, als sie nach zwei Monaten freigegeben wurden.

Der Bürgermeister erwidert: Es ist weder mir noch den Aemtern von einem solchen Vorfall etwas bekannt und mit Rücksicht auf die Bemerkungen, die ich schon der vorhergehenden Interpellation anhängen musste, kann ich eine solche Anfrage ohne genaueste Prüfung des Sachverhaltes nicht beantworten.

GR. Stein bringt eine Interpellation über die Behandlung eines Quantums von 1800 Waggon Kraut seitens der Geos zur Sprache, das hierdurch dem Verderben preisgegeben wurde.

Beantwortung dieser Interpellation weist der Bürgermeister auf die Behandlung von Nahrungsmitteln durch die Geos und Oezeghin und betont, dass aus dem Berichte der im in den in der Interpellation angeführten Falle erstattet wurde, hervorgehe, dass zwei schwere Fehler von Seiten der Geos bezogen worden sind. Das Kraut, das die Gehrung noch nicht ganz durchgemacht hatte, hätte nicht in undichten Gefässen belassen werden sollen, sondern hätte in Standgefässe gebracht werden sollen. Andererseits hätte dieses Kraut möglichst rasch dem Konsum zugeführt werden sollen. Wir haben von Dezember bis Februar darauf gedrungen, dass das Kraut in den Verkehr gebracht werden sollen, es wurde aber zurückgehalten. Und jetzt wenn wir frisches Gemüse haben, kommt das Kraut zum Vorschein. Es zeigt auch dieser Fall wieder, dass die Zentralen die sachgemässe Behandlung der Waren vernachlässigt und der richtige Zeitpunkt nicht mehr gefunden wird, um sie dem Verkehr zu übergeben. Die Gemeindeglieder können bitten und beschwären, aber es hilft nichts. Und wenn dann dieses minderwertige Kraut verkauft werden muss, wird der Gemeinde die Schuld gegeben (Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe im Saale).

GR. Medizinalrat Dr. Löwenstein interpelliert in Sachen der Herausgabe einer entsprechenden Regierungsverordnung betreffend die Freigabe des Rucksackverkehrs.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe zu wiederholten Malen die Regierung auf die nachteiligen Folgen einer Behinderung der dem Städter durch die Not der Zeit aufgedrungenen Selbsthilfe aufmerksam gemacht. Es ist mir auch gelungen in Wien hinsichtlich der Revisionen des Handgepäckes leidliche Zustände herbeizuführen. Auf die Vorgänge die sich ausserhalb Wiens abspielen, kann ich naturgemäss keinen Einfluss nehmen. Ich kann aber nur sagen, wenn wir nicht den Rucksackverkehr gehabt hätten, wären wir schon lange verhungert. Wohl ist der Rucksackverkehr eine Durchbrechung des Systems der zentralen Bewirtschaftung. Was nützt aber ein System, bei dem man verhungern muss. Die vorliegende Interpellation werde ich neuerlich zum Anlass nehmen, um beim Ministerpräsidenten wegen endlicher Regelung des Rucksackverkehrs vorstellig zu werden.

C



2
GR. Skarek stellt eine Anfrage über die nicht besetzte Oberlehrerstelle der Volksschule in der Kauergasse und fragt insbesondere: 1. Sind in der Konkursausschreibung vom 6. April d.J. sämtliche zur Zeit erledigten Leiter- und Lehrerstellen enthalten? 2. Ist der Bürgermeister geneigt, die nicht ausgeschriebenen erledigten Lehr- und Leiterstellen unverzüglich zur Ausschreibung bringen zu lassen? 3. Ist der Bürgermeister gewillt seinen Einfluss geltend zu machen, damit seitens der Ortsschulräte endlich einmal gerechte parteilose Vorschläge erstattet werden?

BGM. Dr. Weiskirchner: Die in der vorliegenden Interpellation berührten Angelegenheiten fallen in die Kompetenz der Schulbehörden. Ich stehe jedoch nicht an, nach den von mir gepflogenen Erhebungen mitzuteilen, dass sämtliche zur Zeit erledigten Leiter- und Lehrstellen, insoweit sie nach Massgabe der vorschriftsmässig notwendigen Vorverhandlungen zur Ausschreibung gebracht werden konnten, in der Konkursausschreibung vom 6. April enthalten waren.

Zu Punkt 2 erwähne ich, dass die nicht ausgeschriebenen Leiter- und Lehrstellen, sobald die Vorverhandlungen abgeschlossen sind, ausgeschrieben werden.

Zu Punkt 3 bemerke ich, dass mir als Bürgermeister eine gesetzliche Einflussnahme auf die Vorschläge der Ortsschulräte nicht zusteht.

GR. Baxa fragt, ob der Bürgermeister den Finanzminister über das rücksichtslose Vorgehen der Steuerorgane gegenüber Angehörige des Mittelstandes ganz besonders aber gegen Eingerückte aufmerksam machen und ihn ersuchen wolle, seine unterstehenden Aemter anzuweisen, die mit dem Nahrungskampfe in dieser schweren Zeit begründeten Zahlungsunmöglichkeiten nicht mit den ärgsten Repressalien zu verfolgen, sondern mit Wohlwollen und Entgegenkommen derartigen Steuerzahlungszwang bis zum Eintritt kommender Zahlungsmöglichkeiten zurückstellen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass er es selbstverständlich als seine Pflicht auffasse mit allem Nachdruck beim Finanzminister auf das Vorgehen der Steuerorgane aufmerksam zu machen. Er selbst erhalte aus allen Bezirken Briefe in welchen auf das vexatorische Vorgehen der Steuerbehörden hingewiesen und darüber Beschwerde erhoben wird.

GR. Zimmermann fragt, ob der Bürgermeister die Verschickung der Flüchtlinge in ein Konzentrationslager veranlassen wolle.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Abtransport der galizischen Flüchtlinge seit einiger Zeit begonnen habe und dass im Laufe der nächsten Wochen bis 40.000 Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren werden.

GR. Kunschak weist in einer Interpellation auf die mannigfachen Uebelstände hin, welche aus der Vereinbarung der Versicherungsgesellschaft Phönix mit dem k.k. Militärwitwen und Waisenfond entstehen und die in dem tiefen Glauben der Bevölkerung bedingt seien, es mit einer staatlichen Wohlfahrtsaktion zu tun zu haben, während es sich in Wirklichkeit um eine reine Geschäftssache einer privaten Versicherungsgesellschaft handle.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, dass er bekanntlich bereits im Jahre 1915 im Vereine mit dem niederösterreichischen Landesausschusse ernste Vorstellungen bei der Regierung gegen die Beziehungen zwischen „Phönix“ und Militärwitwen und Waisenfond erhoben habe. Er werde die in der Interpellation angeführten Tatsachen einer eingehenden Prüfung unterziehen und in der nächsten Sitzung ausführlich beantworten.

Die Gemeinderäte Gussenbauer, Nagler, Eglauer stellen einen von einer grossen Anzahl von Gemeinderäten unterschriebenen Antrag, eine Petition folgenden Inhalts an die Regierung zu richten: Es wird beantragt, dass der Gemeinderat der Stadt Wien eine im Sinne der nachstehenden Ausführungen gehaltene Petition an die hohe Regierung richtet. Der Wiener Gemeinderat in Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erblickt in der Schaffung des in der staatsrechtlichen Erklärung der südslavischen Abgeordneten vom 30. Mai 1917 verlangten südslavischen Staates einerseits eine ernste Gefahr für den Weiterbestand der Monarchie, andererseits eine schwere Bedrohung der nationalen volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen des staatszerstörerischen deutschen Volkes im allgemeinen und jener Wiens im besonderen. Der Weg nach Triest, zum Meer als Welt-handelsstrasse muss unbedingt für den Handel und Verkehr Wiens und jenen des deutschen Volkes überhaupt für alle Zeiten gesichert werden. Deutscher Handel und Verkehr, deutsches Kapital, deutscher Unternehmungsgeist und deutscher Steuergulden haben hauptsächlich diesen Verkehrsweg zum Meere geschaffen, haben Triest zu dem gegenwärtigen Aufschwung und zur derzeit blühenden Entwicklung geführt und haben die südlichen Gebiete der Monarchie befruchtet und ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gefördert. Die südlichen Gebiete der Monarchie sind nicht rein slavisches Gebiet, sondern zum Teil alter deutscher Kulturboden. Grosgrundbesitz, Handel und Schiffahrt, Bergbau und Industrie sind auch heute noch zumeist in deutschen Händen. Deutsche Minderheiten befinden sich in den meisten Gemeinden; was wäre Triest ohne Wien!

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhebt feierlichst Protest gegen die staatszerstörerische Absicht der Errichtung eines Südslawenstaates und fordert aus gleichberechtigten Gründen die Errichtung einer deutschen „Nationalen Schule“ in Triest für das Zehnmillionenvolk der Deutschen in Oesterreich.

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wiens erblickt ferner in dem treuen Bündnis der Monarchie mit Deutschland die einzige Sicherheit für den Staat und die volle Gewähr für einen dauernden Frieden und für eine glückliche Zukunft ihrer Völker.

GR. Rummelhardt stellt folgenden Antrag:

Der Mangel an Erholungsheimen für rekonvaleszente Lehrlinge und die derzeit bestehende Unmöglichkeit, unterernährte oder schwächliche Lehrlinge zur Erholung auf das Land zu geben, ist sehr oft die Ursache, dass solche Jugendliche der Tuberkulose und anderen Krankheiten leichter zum Opfer fallen, als dies der Fall wäre, wenn sie sich rechtzeitig bei kräftiger Nahrung und gesunder Luft erholen könnten.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag, der Stadtrat, bezw. der Magistrat wolle in das Statut des von der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach zu errichtenden Erholungsheimes für den Mittelstand eine Bestimmung aufnehmen, zufolge der 50 Plätze in diese Erholungsheime und zwar 30 für männliche und 20 für weibliche Lehrlinge der Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates in Wien zur Unterbringung rekonvaleszenter Lehrlinge das ganze Jahr hindurch zur Verfügung gestellt werden.

Hiedurch könnten bei Annahme einer monatlichen Rekonvaleszenz für einen Lehrling 600 Jugendliche im Jahre dieser Wohltat teilhaftig werden.

Ferner möge durch das städtische Wohlfahrtsamt dafür Vorsorge getroffen werden, dass bereits im heurigen Sommer schwächliche und unterernährte Lehrlinge zur Erholung aufs Land gebracht werden können.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

STR. Regierungsrat Schmid berichtet sodann in längerer ausführlicher Rede über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der zur Uebernahme der Dzieditzer Montan-Gewerkschaft zu gründenden Aktien-Gesellschaft und legt schliesslich die bekannnten Anträge zur Beschlussfassung vor.

GR. Stein begrüsst es vom sachlichen Standpunkte aus, dass eine solche Aktion eingeleitet worden ist, die der Wiener Bevölkerung sicherlich zum Besten ausschlagen wird. Redner geht auf die Einzelheiten des Antrages ein und betont, dass er vom sachlichen Standpunkte dem Antrage zustimme. Wenn er sich kontra zum Worte gemeldet habe, so ist dies auf politische Gründe zurückzuführen. Redner beanstandet, dass in dem Komitee, welches über die Angelegenheit beraten hat, keine Fachleute aus den gewählten Mandataren anwesend sind und findet darin eine Missachtung des Gemeinderates. Redner kann sich in diesem Vorgehen des Präsidiums nicht einvernehmlich erklären und behält sich vor, in der kommenden Budgetdebatte auf diese Uebelstände zurückzukommen. Redner ist dafür, dass die Gemeinde in dieses Geschäft eingetritt, weist aber darauf hin, dass ihm und seinen Kollegen nicht zugemutet werden kann, der Gemeinde in einem solchen Momente das Vertrauen zu votieren, da sie in Verwaltungen nicht mitwirken könne. Wo der Burgfrieden von der Majorität gebrochen wird, sei Redner nicht in der Lage durch sein Votum zu bekräftigen, sondern könne aus politischen Gründen nicht dafürstimmen.

GR. Dr. von Dorn: Es ist das die vierte Kohlendebatte, die wir im Wiener Gemeinderate abführen. Früher hat es sich um allgemeine Massnahmen zur Verbilligung der Kohle gehandelt, heute handelt es sich nicht darum, um Kohle für die Konsumenten sondern um Kohle für den Bedarf der Gemeinde Wien. Es steht in Diskussion, ob es im Prinzip zu loben ist, dass die Gemeinde sich von den besseren Verhältnissen freimacht und ich glaube, dass wir sehr recht daran tun, wenn wir dies bejahen. Zunächst haben wir allerdings für das Gaswerk noch nichts zu erwarten, aber anders steht es beim Elektrizitätswerk. Was die Preisfrage betrifft, so gibt es wohl niemanden, der mit voller mathematischer Sicherheit erklären kann, welches der richtige Preis sei. Wir haben in der Kommission, die ja aus allen Parteien zusammengesetzt war, die Sorgfalt eines ardentlichen Kaufmannes angewendet und schliesslich einen Preis erzielt, der den Verhältnissen so ziemlich entspricht. Ich glaube, dass Sie ohne Bedenken dem Antrage zustimmen können. (Beifall)

GR. Emmerling: Wir sind für den Ankauf der Gewerke. Zu den Ausführungen des Gemeinderates Stein muss ich bemerken, dass wir auf dem Standpunkte stehen, dass wir auch vom Gegner wenn er uns eine gute Sache vorlegt, oder wenn er imstande ist eine gute Sache durchzuführen, Anträge ohne weiteres annehmen. Soweit kann die politische Gegnerschaft nicht gehen, dass man nein sagt, selbst wenn es sich um eine gute Sache handelt. Was nun die Kapitalsanlage betrifft, so hat der Referent schon darauf hingewiesen, dass eigentlich insgesamt mit Investitionen von etwa 50 Millionen Kronen zu rechnen ist. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, dass diese Investitionen notwendig sind, um eine Million Tonnen zu fördern. Die Brüxer Gewerke haben 16 Millionen Kronen investiert, um nahezu 3000000 Tonnen zu fördern. Die Nordbahn hat 74 Millionen Kronen investiert um 10.2 Millionen Tonnen zu fördern. Das sind aber aufgeschlossene Gebiete, und aus einer Zeit, wo die Ergiebigkeit der Investitionen eine weitaus grössere war. Wir dürfen aber nicht damit rechnen, dass es schon im Winter mit der Kohlenversorgung besser werden könnte, denn nahezu die ganze gegenwärtige Förderung ist bis 1920 verpachtet, sodass wir wenn es nicht möglich wird, eine erhöhte Ergiebigkeit zu erzielen, in den nächsten Jahren auf Kohlenzuschüsse für die Gemeinde Wien oder die Bevölkerung nicht mit Absoluter Sicherheit rechnen können. Immerhin halten wir den Ankauf auch unter diesen Umständen für eine gute Sache und werden deshalb für den Antrag stimmen.

GR. von Steiner: Ich habe die Ehre namens der Majorität eine Erklärung abzugeben, welche zugleich die Antwort auf die gemachten Ausführungen des GR. Stein sind. Damit die Bevölkerung der Stadt Wien besser und ausgiebiger mit Brennkohle versorgt werden kann, die städtische Strassenbahn, sowie die gesamte Beleuchtung nicht gedrosselt oder gar sistiert werden muss, Industrie und Gewerbe die angeforderten Betriebsmittel zugewiesen werden können, und im Vertrauen zu dem Komitee, welches aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzt war und in dem in eingehender Weise die Erwerbung des Kohlenwerkes Dzieditz geprüft wurde, erkläre ich namens der Mehrheit, dass dieselbe einmütig für den Antrag des Referenten stimmen wird.

GR. Reumann erklärt vorerst, dass die in Verhandlung stehende Sache sicherlich kein Politikum sei.

GR. Stein: Es wurde aber früher so praktiziert.

GR. Reumann: Das ist niemals praktiziert worden.

Es muss immer unterschieden werden, um was es sich handelt. Heute handelt es sich um einen gemeinnützigen Ankauf eines Werkes, welches der gesamten Bevölkerung zugute kommt. Der Redner ergänzt sodann die vom GR. Emmerling gebrachten Ziffern und gibt zu, dass eine Reihe von mageren Jahren eintreten werde es werde aber dann das Werk eine entsprechende Rentabilität haben. Es sei ja ziemlich sicher, dass auch Gaskohle gefördert werden wird, aber selbst wenn dies nicht so bald der Fall sein werde, so werde jedenfalls eine grössere Menge von Kohle zur Förderung gelangen. Es werde nur getrachtet werden müssen, dass günstige Transportverhältnisse bestehen werden. Der Kohlenbedarf der Industrien werde nach dem Krieg ein derartiger sein, dass nicht befürchtet werden müsse, dass der Preis für Kohle gedrückt werde. Auf einen Einwurf des GR. Skarek, es müssen anständige Löhne gezahlt werden, entgegnet der Redner, die Gemeinde Wien zahle immer anständige Löhne, was lebhaften Beifall hervorruft.

GR. Branta beantragt Schluss der Debatte. (Angenommen)

3
GR. Eglauer gibt seiner Freude Ausdruck, dass die Gemeinde an der Fortentwicklung des alten Programmes des unvergesellschaftlichen Bürgermeisters Dr. Karl Lueger festhalte und kommt auf die Form zu sprechen, in welcher die Gemeinde bei dem künftigen Unternehmen teilhaben soll, die eine ganz moderne ist. Die Frage, ob die Verbindung der Gemeinde mit der Depositionsbank eine vorteilhafte ist, glaubt Redner bejahen zu dürfen. Die Leitung der Depositionsbank befindet sich in den Händen eines neuen Präsidenten, die die Gewähr bietet für eine zweckmäßige Entwicklung des Unternehmens. Bezüglich der Leistungen, bezüglich des Wertes und bezüglich der Forderungen müsse man sich auf die Angaben der Fachmänner verlassen, die ja auch im allgemeinen befriedigend erscheinen. Wir können mit gutem Gewissen die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Gemeinde einen Versuch macht, von der künftigen Konjunktur des Marktes sich unabhängig zu gestalten und Redner spricht sich für die Annahme des Antrages aus.

GR. Dr. Hein: Wir haben seit jeher den Standpunkt vertreten, dass wirtschaftliche Angelegenheiten beurteilt werden muss und begreifen es nicht, dass vom politischen Standpunkte aus, Einspruch erhoben wird. Wir haben uns beraten und hätte im Verlande jemand eine gegenteilige Meinung gehabt, so hätte ich die Abstimmung freigegeben. Wir sind von der Wichtigkeit des Antrages überzeugt und werden dafür stimmen.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird der Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Bgm. Dr. Weiskirchner dankt dem Referenten für seine Ausführungen und betont, dass die Gemeinde hier ein gutes Werk gesetzt hat, dessen Früchte auch noch den Nachkommen zugute kommen werden.

Uebereinkommen
Vize-Bgm. Hoß berichtet über ein/zwischen der Gemeinde Wien und der Donau-Regulierungskommission wegen Ueberlassung von derselben gehörigen Gründen im 2. und 20. Bezirke für Approvisionierungszwecke, Erbauung von Strassenbahn-Bedienstetenwohnhäuser, etc. etc.

Vize-Bgm. Hoß berichtet über eine Petition an die Regierung zwecks Einkäumung eines Enteignungsrechtes an die Gemeinde Wien bei Erwerbung von Gründen zur Anlage von Flugplätzen und Flughäfen.

GR. Lohner gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass dieser Antrag gestellt werde, wo doch die geistigen und materialen Interessen des Flugwesens seitens der Gemeinde so geringe Unterstützung erfahren hätten.

Vize-Bgm. Hoß: Oh!

GR. Lohner: Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1912 zur Zeit des grossen Aufschwunges des Flugwesens dem Fluge Berlin-Wien mit einer gewissen noblen Geste das Flugfeld zur Verfügung gestellt. In der damals geschaffenen Wiener Flugfeldgesellschaft hatte die Gemeinde Wien einen offiziellen Vertreter zuerst in der Person des früheren Bürgermeisters und dann des Magistratsrates Dr. Loderer. An dem Tage des Thronfolgermordes ist dann die Krise eingetreten. Die Gesellschaft hat durch Abbrechung der Schauflüge bedeutende Beträge verloren und ist mit sehr geringen Kräften und mit einem bedeutenden Schuldenstand in den Krieg eingetreten. Das Flugfeld wurde dann von der Heeresverwaltung erworben und die Interessenten haben dabei ziemlich viel Schaden erlitten. Diesen hätte aber Rechnung getragen werden können, wenn nicht hinter dem Rücken der gesamten Gesellschaft die Gemeindeverwaltung mit der Heeresverwaltung ~~ex~~ Verhandlungen gepflogen hätten und ein Vertrag

abgeschlossen worden wäre, mit dem das Flugfeld auf eine Reihe von Jahren seitens der Gemeinde an die Heeresverwaltung verpachtet wurde. Die Heeresverwaltung hat heute infolgedessen den Interessenten noch keinen Heller ausbezahlt und wird im allerbesten Falle 50 % des im Flugfelde investierten Kapitals herauskommen. Ich wollte dies nur hier feststellen....

Bgm. Dr. Weiskirchner: Zumindestens gehören ihre Ausführungen nicht zum Gegenstande. Das hat doch mit dem Entschneidungsrechte nichts zu tun; ich will Sie aber ohne weitere aussprechen lassen, besser wäre es allerdings gewesen, die Sache mit dem Baron Eonomo zu besprechen.

GR. Lohner: Ich finde erst heute Gelegenheit in prinzipieller Hinsicht an dem Vorgehen der Gemeindeverwaltung Kritik zu üben. Im Prinzip ist es sehr schön, wenn man sich bemüht, das Flugwesen zu üben, aber nach dem Geschilderten ist die Gemeinde nicht jene Körperschaft, welche sich moralisch berechtigt fühlen kann, eine derartige Förderung vorzuschlagen. Im Uebrigen ist durch das Interesse einer zu schaffenden Verkehrsgesellschaft bei Hannersdorf eine neues schönes Flugfeld in Aussicht und ich glaube, dass diese beiden Flugplätze reichlich das Bedürfnis Wiens decken werden.

Vize-Bgm. Hoß weist in seinem Schlussworte den Vorwurf des GR. Lohner zurück und erklärt: Jedermann weiss, dass wir jederzeit bereit waren, das Flugwesen zu unterstützen, wir haben auch die Flugfeld-Gesellschaft weitgehendst unterstützt, daß sich Schwierigkeiten in der Gesellschaft selbst ergeben haben, und daß die leitenden Herren untereinander nicht einig geworden sind, dafür kann die Gemeinde Wien nichts. Uebrigens ist auch gar niemand von der Flugfeldgesellschaft zur Gemeinde Wien gekommen und niemand hat die Unterstützung der Gemeinde gefordert, sonst wäre die Gemeinde Wien gewiss zur Verfügung gestanden. Ich habe so manches erfahren und weiss, dass man von verschiedener Seite sogar grossen Wert darauf gelegt hätte, wenn die Gemeinde Wien früher begonnen hätte, mit der Heeresverwaltung zu verhandeln.

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf angenommen.

Vize-Bgm. Hoß berichtet über die Zeichnung von Aktien für die Deutsche Bodenbank. Mit deren Gründung werde die Schaffung eines grossen deutschen Geläunternehmens geplant, das in erster Linie die Erhaltung und Förderung des deutschen Bodenbesitzes und deutscher Besiedlung zum Zwecke hat. Namentlich der mittlere und kleine bäuerliche Besitz soll mit Hilfe der Bank gestärkt werden. Zu diesem Zwecke soll auch mit dem Bodenbesitz zusammenhängende gewerbliche kaufmännische und industrielle Unternehmungen gefördert werden. Weiters soll die Bank Geldverkehrsstelle für die deutschen Schutzvereine sein.

Der Referent beantragte für das Aktienkapital der zu gründenden Deutschen Bodenbank 500 Aktien im Nennwerte von je 400 Kronen, das sind 200.000 K mit dem Zuzählungsbetrage von 206.000 K zu zeichnen. (Angenommen).

STR. Dr. Haas beantragt dem Verein Säuglingsschutz eine Subvention von 45.000 K zu bewilligen.

GR. Dr. Löwenstein spricht sich für die Annahme des Antrages aus und kommt im Laufe seiner Ausführungen auf den Säuglingschutz die Mutterberatungsstellen die Berufsvormundschaft und die Krankenversicherung zu sprechen und weist darauf hin, dass die Säuglingssterblichkeit in letzter Zeit in Wien und Nöderösterreich perzentuell ~~im~~ Rückgehen begriffen ist. Redner richtet an die Regierung die Mahnung, mit den Massnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die Säuglingsfürsorge nicht zu zögern und dem Ministerium für soziale Fürsorge, das Ministerium für Volksgesundheit folgen zu lassen.

Nach einem Schlussworte des Referenten wird der Antrag angenommen.

Ein Antrag des GR. Dr. Haas betreffend die Abänderung des Wirkungskreises des Direktors des Kaiser Jubiläumspitals wird angenommen.

Nach einem Berichte des GR. von Steiner wird ein Antrag an Karl Kreindl um Fristerstreckung für die Uebergabe von Gründen in Heiligenstadt an die Gemeinde Wien angenommen.

GR. Hölzl beantragt für den Verein zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirk eine Subvention von 5000 Kronen.

GR. Schimek beantragt die Subvention auf 6000 Kronen zu erhöhen und wird dieser Vorschlag im Einverständnisse mit dem Berichterstatter angenommen.

Nach Erledigung der übrigen Referate der Tagesordnung mit Ausnahme der Beratung über die Verlautbarung der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn wird die öffentliche Sitzung geschlossen.